

Es handelt sich hierbei um den Text, der Juniors Vortrag im Plenum 4 (Vorstellung von Projekten der demokratischen und sozialen Partizipation) zugrunde lag.

Soziale Ungleichheit und die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte: Herausforderungen für eine demokratische Amtsführung vor dem Hintergrund der Wahl Lulas zum Präsidenten

Dr. Orlando Alves dos Santos Juniorⁱ

Direktor von FASE (Federação de Órgãos para Assistência Social e Educacional), Brasilien

Die Situation in den brasilianischen Städten macht die Diskussion über die Rolle des Staates und die Demokratisierung der brasilianischen Gesellschaft zur zentralen Frage. Im Bereich der kommunalen Amtsführung sind trotz des Prozesses der Dezentralisierung der Verwaltung, sowie der Munizipalisierung der öffentlichen Politik zwei Tendenzen zu beobachten: Auf der einen Seite Engpässe bei der Umsetzung der neuen Reforminstrumente und eine geringe Kapazität der kommunalen Regierungen bei der Erfüllung ihrer neuen Funktionen, bei der Amtsführung und der Formulierung der politischen Maßnahmen. Auf der anderen Seite hat dieser Zeitabschnitt für zahlreiche kommunale Präfekturen ein neues Feld der innovativen lokalen Möglichkeiten und Erfahrungen eröffnet.

Die vorliegende Arbeit¹ hat zum Ziel, über den Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und der demokratischen Frage zu reflektieren, wobei als Basis die bei dem Projekt „Demokratische Amtsführung und Lokale Entwicklung: Stärkung der Wege zur Mitbestimmung auf kommunaler Ebene“, welches mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung von FASE entwickelt wurde, gewonnene Erfahrung genommen wird.

Ich beginne zu diesem Zweck mit einer Betrachtung der Probleme der sozialen Ungleichheit und der Prozesse der sozialen Ausgrenzung in Bezug auf eine demokratische Regierung in den Städten, unter Berücksichtigung des Prozesses der Dezentralisierung und Munizipalisierung der sozialen Politik, ausgelöst durch die neue Brasilianische Verfassung von 1988. Danach werde ich über die bei dem Projekt „Demokratische Amtsführung und Lokale Entwicklung“ gewonnenen Erfahrungen berichten, indem einige der wichtigsten Ergebnisse in Bezug auf die Stärkung des Projektes der sozialen Mitbestimmung vorgestellt werden. Zum Schluss werde ich einige Herausforderungen, denen soziale Bewegungen und NGOs nach der Wahl Lulas zum Präsidenten gegenüber stehen, präsentieren. Denn ich bin der Meinung, dass die Wahl Lulas zu einer größeren Mitbestimmung durch die brasilianische Zivilgesellschaft führen kann, deren Mobilisierung als Ergebnis eines Wahlausgangs, der eine Lehre für die ganze Welt ist und der einen nie gesehenen Fortschritt der Demokratie in der Geschichte Brasiliens darstellen könnte, in Zukunft noch stärker wachsen wird.

ⁱ Soziologe, Doktor der Stadt- und Regionalplanung (IPPUR/UFRJ)

¹ Die vorliegende Arbeit bezieht sich auf den in der Doktorarbeit des Autors erarbeiteten Ansatz, publiziert unter dem Titel: *Demokratie und Lokale Regierung: Das Dilemma der kommunalen Reform in Brasilien*. Rio de Janeiro: Ed. Revan, FASE, 2001.

1. Demokratie, Eingliederung und Soziale Ungleichheit

Es wird davon ausgegangen, dass eine demokratische Regierung oder Polyarchie zwei Grunddimensionen aufweist (Dahl, 1997; O'Donnell, 1999): Zunächst ist sie eine repräsentative Form der Regierung, bei der der einzige Zugang zu den wichtigsten Regierungsämtern durch kompetitive Wahlen möglich ist, als Ergebnis eines institutionalisierten, universalistischen und einschließenden Verfahrens, bei dem das Recht zu wählen und gewählt zu werden für alle Individuen garantiert ist. Zweitens ist sie eine Form der Regierung, bei der das Rechtssystem einige Grundfreiheiten und –rechte, die die politische Staatsbürgerschaft ausmachen, definiert.

Dieses Konzept impliziert, dass die Teilnahme der Bürger an der demokratischen Dynamik von zwei fundamentalen Bedingungen abhängig ist: die Ausübung der politischen Rechte, einschließlich des Rechtes zu wählen und gewählt zu werden (politische Staatsbürgerschaft) und die Ausübung der zivilen und sozialen Rechte (zivile und soziale Staatsbürgerschaft).

O'Donnell identifiziert zwei Arten der Armut, die die Ausübung der fundamentalen, für die dynamische Demokratie erforderlichen Rechte verhindern: die rechtliche Armut und die materielle Armut. Erstere ist markiert durch eine geringe Effizienz des Rechtssystems, welche nicht nur in vielen Regionen der Entwicklungsländer, sondern auch in den Peripherien vieler Städte anzutreffen ist. Die zweite ist ganz offensichtlich in Situationen anzutreffen, wo es an den Grundmitteln zum menschlichen Überleben fehlt, also dem Mangel an Möglichkeiten und materiellen sowie Ausbildungsmitteln. Der Autor möchte aus diesem Grunde zwei Probleme hervorheben, die die Demokratie lösen muss, denn sie verhindern die Anwendung des für die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte erforderlichen fundamentalen Prinzips der Unabhängigkeit: eines ist die Frage der Armut; das andere ist die Frage der konstanten Angst vor Gewalt, die das Leben vieler Menschen, die in Ländern mit einem wenig effizienten Rechtssystem leben oder die diskriminierten Gruppen angehören, prägt.

Auf diesem Verständnis basierend ist es möglich festzustellen, dass soziale Ungleichheit zu Ungleichheit bei den Bedingungen zur Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte führt und somit zu Ungleichheit bei dem Zugang zur Macht. Das heißt, dass in einer Gesellschaft, in der die Bürger unterschiedlichen Zugang zu den staatsbürgerlichen Rechten und zu vernünftigen Lebensbedingungen haben, wir feststellen können, dass hier die Bedingungen für eine Teilnahme am politischen Wahlkampf ungleich sind, was zu Ungleichheit im Bereich der Macht führt, deren Grund nicht in der politischen Dynamik, sondern in den sozialen Umständen des Wahlkampfes liegt. Wenn diese sozialen Ungleichheiten den Zugang bestimmter Teile der Gesellschaft zu bestimmten für die soziale Mitbestimmung erforderlichen Mitteln oder Befähigungen verwehren, werden somit der Eingliederung gegenläufige oder nicht-eingliedernde Bedingungen geschaffen.

In diesem Sinne wird die Gleichheit der Bedingungen bei der Ausübung der Rolle als Staatsbürger als ein Teil des Modells der demokratischen Regierung angesehen. Anders gesagt ist Ungleichheit – genauer gesagt die Ungleichheit, die den Zugang zu den für die soziale Mitbestimmung erforderlichen Mitteln oder

Befähigungen verwehrt – ein Zustand der Nicht-Demokratie, denn ein Staat mit starken Ungleichheiten ist nicht universalistisch, einschließend, denn er verhindert eine breite Konkurrenz bei der Besetzung der Machtpositionen. Hiermit nähern wir uns dem Ansatz von Held (1997:80), für den die demokratische Idee auf der Idee der politischen Unabhängigkeit der Individuen einer Gesellschaft basiert. Jedoch kann diese Unabhängigkeit nur dann gewahrt sein, wenn die Menschen innerhalb einer Gesellschaft die gleichen Rechte genießen. Bei dieser Auffassung, der ich mich anschließe, liegt eine klare Ausweitung der Rechte zugrunde, in dem Maße, in dem für den Autor eine „freie und gleiche Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte nicht nur formale Rechte und Pflichten im Bereich der Politik und der zivilen Gesellschaft erfordert – obwohl sie diese erfordert -, sondern auch Zugang zu den Berechtigungen, Mitteln und Möglichkeiten, um diese formalen Bestimmungen in der Praxis umzusetzen.“

Jedoch sehen wir uns zur Zeit der Vertiefung genau dieser sozialen Ungleichheit gegenüber, die die aufgrund der Strukturveränderungen in der internationalen kapitalistischen Wirtschaft entstandene Situation reflektiert, die weitläufig als Prozess der Globalisierung bezeichnet wird. In der Literatur haben zahlreiche Autoren (Castel, 1993, Dupas, 1999) dem neuen, in diesem Kontext entstandenen Problem ihre Aufmerksamkeit gewidmet.

Obwohl anerkannt wird, dass die Möglichkeiten der lokalen Bereiche begrenzt sind was die Lösung des Phänomens der sozialen Ausgrenzung betrifft, erlaubt der von solidarischen und sozialen Netzwerken verfolgte Ansatz zur Bekämpfung der Ungleichheit (Castel, 1993) es, Interventionsmöglichkeiten auf lokaler Ebene zu identifizieren, wenigstens bei zwei fundamentalen Komponenten der sozialen Eingliederung: Zunächst, bei der Errichtung von solidarischen und sozialen Netzwerken; zweitens im Bereich der Befähigung der Bürger zur Unabhängigkeit zum Zwecke ihrer sozialen und politischen Beteiligung (die Befähigung der Bürger).

2. Das Projekt FASE und die mit der Wahl Lulas zum Präsidenten entstandenen Herausforderungen

Neben diesem Bild der tiefen sozialen Ungleichheit, ist gleichzeitig der Ausbau von Wegen zur sozialen Mitbestimmung in Brasilien festzustellen, besonders in den letzten Jahren. Seit der neuen Verfassung von 1988 sind Projekte und neue Formen der sozialen Beteiligung an der kommunalen Amtsführung in Brasilien entstanden. Zwei institutionelle Wege der Mitbestimmung sind dabei besonders hervorzuheben: die kommunalen Räte zur Ausübung von sektorbezogener Politik und die Projekte zur partizipativen Haushaltsführung.

Es kann festgestellt werden, dass die politische Beteiligung durch die kommunalen Räte als eine Form der Demokratisierung der öffentlichen Politik verbreitet ist. Gleichzeitig haben wir immer mehr Beispiele der Demokratisierung bei den kommunalen Haushalten, in die das Prinzip der partizipativen Haushaltsführung eingegliedert wurde. Jedoch sind, obwohl innerhalb der Kommunalregierungen sektorbezogene Hilfe geleistet wird, sowohl die kommunalen Räte wie auch die Demokratisierungsprozesse der Haushalte noch nicht als Ganzes in die lokale Amtsführung eingegliedert, was durch die Tatsache verdeutlicht wird, dass weder eine nationale noch eine kommunale Politik mit Mitbestimmung durch das Volk existiert.

Genau vor diesem Hintergrund wurde das Projekt „Demokratische Amtsführung und Lokale Entwicklung: Stärkung der Wege zur Mitbestimmung auf kommunaler Ebene“ von FASE mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung ins Leben gerufen.

Zusammengefasst lauten die Ziele des Projektes wie folgt: (i) die Stärkung der kommunalen Räte und der Projekte zum partizipativen Haushalt; (ii) die Ausbildung der lokalen Akteure der kommunalen und regionalen Räte und Foren – Regierungs- und Nicht-Regierungsorgane – im Bereich der Formulierung und Durchführung von politischen Maßnahmen in den Städten; (iii) die Entwicklung von Methoden zur Überwachung der öffentlichen Haushalte durch eine Förderung der lokalen Vorhaben zur Demokratisierung des Haushalts; und (iv) die Bereitstellung von Mitteln zur Unterstützung der lokalen Akteure bei der Diskussion und Überwachung der Stadt- und Umweltpolitik.

Das Projekt FASE, das zunächst in der Baixada Fluminense (Peripherie der Stadt Rio de Janeiro), in Recife und in den nationalen Netzwerken und Foren, in die es eingegliedert ist, tätig ist, wurde 2002 ins Leben gerufen. Seine Ausweitung nach Belo Horizonte ist für 2003 vorgesehen.

Ein sehr wichtiger Teil des Projektes ist das Programm Observatorium der Stadtpolitik und der kommunalen Amtsführung, das von FASE in Zusammenarbeit mit dem IPUR (Institut zur Urbanen und regionalen Forschung und Planung der Föderalen Universität von Rio de Janeiro - Instituto de Pesquisa e Planejamento Urbano e Regional da UFRJ - Universidade Federal do Rio de Janeiro) entwickelt wurde. Das Observatorium ist ein systematisches Instrument für Studien, Forschung, Organisation und Verbreitung von Wissen über die neuen Modelle der Stadtpolitik und der kommunalen Amtsführung, welches die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte, sowie die soziale Gerechtigkeit in der Stadt fördern soll.

Der Leitfaden unseres Arbeitsprogramms geht von dem Prinzip der institutionellen Reform aus, die durch die Verfassung von 1988 angeregt wurde und zu der Einführung neuer Standards in der kommunalen Amtsführung in Brasilien geführt hat. Diese Tatsache, zusammen mit der Dezentralisierung des Fiskus und der Rückkehr des Landes zur Demokratie, hat aus den Municipien eine Instanz gemacht, die eine Gegentendenz zum Verfall der nationalen Systeme der öffentlichen Politik darstellt. Vor diesem Hintergrund ist unbestreitbar, dass wir vor einer nationalen Reform der Municipien von großem Ausmaß stehen. Gleichzeitig haben die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen Brasilien im Moment ausgesetzt ist, zusammen mit den fortlaufenden Veränderungen der sozialen Struktur, zu einer großen Herausforderung für den kommunalen Regierungsbereich geführt, besonders in Bezug auf die institutionelle und verwaltungstechnische Kapazität der Präfekturen, ihre neue Funktion bei der Formulierung und Durchführung von politischen Maßnahmen in den Städten zu erfüllen. Viele der neuen Instrumente sind – obgleich sie zu einem großen Teil in die die Regierungsorgane betreffende Gesetzgebung sowie in die kommunalen Direktorenpläne aufgenommen wurden, besonders in Bezug auf ihre Weiterverbreitung - mit Hindernissen konfrontiert, die ihren effektiven Einsatz verhindern. In ihrer Mehrheit sind sie abhängig von der Regelung - mit dem ernsthaften Risiko eines Scheiterns ihrer Umsetzung - der Kräfteverteilung in den Municipien und von den konservativen politischen Kräften innerhalb der kommunalen Verwaltungen.

In der Tat zeigt unsere Analyse, dass bei der Reform der Institutionen und Gesetze der Munizipien über zwei Modelle der Stadtpolitik diskutiert wird, mit verschiedenen Auswirkungen auf die politisch-soziale Ordnung innerhalb Brasiliens: das kontraktiv-liberale Modell konservativer Ausrichtung steht dem universalistisch-sozialen Modell der politischen Intervention gegenüber. In Wirklichkeit befindet sich das Modell, welches hier als universalistisch-sozial bezeichnet wird, im Aufbau. Durch die Zusammenführung einer breiten Gesamtheit von Micro-Projekten, besonders bei den neuen munizipalen Verwaltungen, bestätigt dieses Modell die zentrale Rolle der öffentlichen Macht sowohl bei der Städteplanung, als auch bei dem Engagement gegen Mechanismen, die zu Ungleichheit und Ausgrenzung führen und durch die Vorherrschaft der Dynamik der Märkte bei der Nutzung und Besetzung urbaner Flächen und bei der Kontrolle der Macht in den Städten durch die geschichtlich verankerten Interessen der Vermögenden entstehen. Jedoch ist es immer noch schwierig, dieses Konzept in einen strukturierten Diskurs zu übertragen. Vielleicht liegt dies an der Konjunktur der starken Übermacht neoliberaler Ideen, die, auch wenn sie verneint werden, in erheblichem Maße die aktuellen Werke der brasilianischen Intellektuellen beeinflusst haben. Diese Tatsache verneint jedoch nicht die Versuche verschiedener Intellektueller, die engagiert die Schaffung neuer theoretischer und praktischer Referenzen verfolgen, die in der Lage sind, gegen die Diagnosen und Lösungen des kontraktiv-liberalen Modells der Stadtpolitik zu bestehen.

Das Projekt Observatorium der Stadtpolitik und der Munizipalen Amtsführung, welches die Thematik der Stadtpolitik und der sozialen Ungleichheit in Metropolen als seine Handlungsgrundlage anerkannt hat, ist bestrebt, soziale Forschung, Lehre und Praxis zu artikulieren, mit dem Ziel: a) Diagnosen aufzustellen und daraus eine öffentliche Politik abzuleiten, die eine Minderung der enormen sozialen Ungleichheit in den Metropolen zulässt; b) die Erfahrungen der munizipalen Verwaltung, die zu neuen Formen der Amtsführung innerhalb der Städte im Bereich der Verbesserung der urbanen Lebensbedingungen geführt haben, kennen zu lernen, zu systematisieren und publik zu machen; c) Fachleute in den Präfekturen, an den Universitäten und bei den NGOs auszubilden, damit diese zu lokalen Akteuren dieser neuen Modelle der öffentlichen Politik werden; d) lokale Führungskapazitäten zur Durchführung von politischen Maßnahmen in den Städten auszubilden, die mit der dem Ideal der sozialen Gerechtigkeit verschriebenen Politik im Einklang stehen, jedoch gleichzeitig den neuen Anforderungen an Verwaltungseffizienz und die Neudefinierung der Rolle des öffentlichen Sektors in Brasilien gewachsen sind; e) lokale Akteure, regierungs- und nicht-regierungsbezogene, zu unterstützen bei der Ausarbeitung von strategischen Projekten mit dem Ziel der Schaffung einer kritischen Aktionsbasis, die die Mobilisierung von Ressourcen und sozialen Kräften im Streben nach mittel- und langfristiger lokaler Entwicklung erlaubt.

Die im Rahmen des Projektes angenommene Herausforderung besteht darin, Vorschläge zu entwickeln, deren Ziel es ist, die materiellen Interessen und Bedürfnisse der sozialen Gruppen zu befriedigen, die heute die Möglichkeit der Organisation und der Forderung haben, die jedoch gleichzeitig den ethischen Werten der Solidarität, Zusammenarbeit und der Gerechtigkeit verpflichtet sind. Es ist notwendig, dass die Amtsführung in den Städten auch die Teilnahme der Ausgegrenzten fördert. Deswegen reicht es nicht aus, Regierungen zu schaffen, die effizient sind bei der Erweiterung der Zugangsmöglichkeiten zu den urbanen Dienstleistungen; sie müssen den ethischen

Werten verschrieben und außerdem in der Lage sein, Formen der Politik anzustreben, die Unternehmergeist mit Solidarität verbindet.

Zu den wichtigsten Ergebnissen des Projektes gehören:

- Die Verbreitung von die Munizipien betreffenden Informationen und von sozialen Indikatoren durch Bulletins an die Leiter der Bürgergruppen, sowie durch eine Datenbank mit freiem Zugang für interessierte soziale Institutionen und Akteure.
- Die Ausbildung von 150 lokalen Leitungen der Bürgergruppen in der Baixada Fluminense und in Recife innerhalb des Kurses „Öffentliche Politik und Lokale Amtsführung“: ein interdisziplinäres Ausbildungsprogramm für Munizipalräte. An diesem Kurs nahmen Munizipalräte, Leitungen der sozialen Bewegungen, Vertreter von NGOs und Fachleute der munizipalen Präfekturen Teil. Juni/Juli 2002;
- Die Durchführung von Seminaren und Kursen zur „Demokratisierung Munizipaler Haushalte“, in die mehr als 100 Leitungen von Bürgergruppen einbezogen wurden;
- Ausarbeitung von Seminaren, Berichten und Veröffentlichungen zum „Programm zur Säuberung der Bucht von Guanabara (Baía de Guanabara) in der Baixada Fluminense und zum „Programm zur Regelung der Bodenverteilung in Zonen von besonderem sozialem Interesse“ (Programa de Regularização Fundiária de Zonas de Especial Interesse Social – PREZEIS) in Recife, in das mehr als 300 munizipale Leitungen und Fachleute einbezogen wurden;
- Veröffentlichung von speziellen Analysen zur Baixada Fluminense (Peripherie der Metropole Rio de Janeiro) mit dem Ziel, die Auswirkungen auf die sozialen, urbanen und Umweltverhältnisse zu begleiten und die politischen Maßnahmen in Bezug auf Kanalisation, Wohnungsbau, Stadtboden, Verkehrsmittel und Umwelt in der Region zu bewerten;
- Hilfe für die lokalen Akteure, von denen besonders Anwohnervereine, Munizipalräte, Munizipalsekretäre, NGOs und die sozialen Bewegungen, die sich für politische Maßnahmen zur Säuberung der Umwelt einsetzen, hervorzuheben sind;
- Veröffentlichung einer Studie zum Profil der Munizipalräte in der Stadtregion von Rio de Janeiro, mit einer Auflage von 1.000 Exemplaren;
- Veröffentlichung eines Informationshefts zur partizipativen Haushaltsführung in Recife, mit einer Auflage von 1.000 Exemplaren.

Wir sind davon überzeugt, dass die zentrale Strategie, die zur Stärkung des öffentlichen Bereiches vorgeschlagen wurde, eine Ausweitung der Initiativen zur politischen Bildung im Bereich der Entwicklung von Systemen der sozialen Überprüfung von politischen Maßnahmen und Instrumenten, die die Demokratisierung der Informationen, die Kritik an der konservativen Politik der Ausgrenzung, die Stärkung der Wege zur Mitbestimmung durch die Gesellschaft und die Formulierung von politischen Alternativen zur Erweiterung des Rechts auf eine lebenswürdige Stadt ermöglichen, seitens verschiedener Institutionen erfordert.

Die Wahl Lulas zum Präsidenten eröffnet neue Perspektiven zur Bekämpfung der sozialen Ungleichheit und zur Vertiefung der demokratischen Dynamik in der brasilianischen Gesellschaft. Bei so vielen Herausforderungen wird es als notwendig erachtet, ein Projekt der Stadtpolitik zu verfolgen, dass auf einigen Grundleitlinien basiert:

- a) Die Bestätigung des Projektes zur Reform des Rechtes auf eine lebenswürdige Stadt. Es ist notwendig, die Hindernisse bei der Umsetzung der Agenda zur urbanen Reform auf nationaler und lokaler Ebene zu bekämpfen, indem Programme für Maßnahmen gegen soziale Ungleichheit formuliert und verbreitet werden, die auf die Hauptbedürfnisse der Bürger eingehen und die Verbesserung der Lebensqualität in den Städten fördern.
- b) Die Bestätigung des Modells zur demokratischen Amtsführung in den Städten, durch die Ausbildung und die Stärkung von sektorbezogenen Räten zur Durchführung der öffentlichen Politik sowohl auf nationaler als auch auf bundesstaatlicher und kommunaler Ebene.
- c) Die Anerkennung des kommunalen Haushalts als einen Raum zur Entwicklung von innovativen und partizipativen Planungs- und Entscheidungsmodellen sowie von Modellen zur Überwachung der Regierungsführung, die zu einer Neuordnung der lokalen öffentlichen Prioritäten und zu einer veränderten Zusammensetzung der im Stadtraum präsenten Kräfte beitragen können.
- d) Die Stärkung der Foren und Ausdrucksformen der nationalen, regionalen und lokalen Netzwerke sowie der kollektiven Subjekte, aus denen sie bestehen, so dass das assoziative Gewebe verstärkt und eine neue Kultur der Bürgerbeteiligung in den Städten aufgebaut wird.

Das zentrale Anliegen dieses Konzeptes basiert auf der Bestätigung und Förderung der sozialen Integration. Zu diesem Zweck liegt die Herausforderung der Stadtpolitik darin, entschieden zur Entwicklung von Mechanismen beizutragen, die eine neue Art des sozialen Zusammenhalts fördern, basierend auf der Verneinung der sozialen und räumlichen Trennung und auf der Verbreitung einer neuen Sozial- und Umweltkultur, die Formen des Zusammenlebens, geprägt von Solidarität, dem Aufbau von Identitäten und der Vertretung der kollektiven Interessen, ermöglicht.

Unser Vorschlag zur sozialen Kontrolle geht von dem Prinzip der demokratischen Beteiligung der Stadt aus und stellt die aktuelle Machtstruktur in Frage, welche die Asymmetrien im Bereich der Möglichkeiten in einer Gesellschaft, die durch eine so starke Ungleichheit geprägt ist, vertieft. In dieser Richtung muss die Nutzung partizipativer Methoden verfolgt werden, um die Identifizierung von Problemen, die Entscheidungsfindung und die Weitergabe von Wissen zu erleichtern. Denn schließlich ist es der politische Bereich, in dem wir durch Druck und Verhandlungen zwischen den verschiedenen Akteuren und der öffentlichen Macht eine neue Stadt aufbauen können, die besser ist für ihre Bürger und Bürgerinnen.

Bibliographie

CASTEL, Robert. De L'Exclusion Comme État à la Vulnérabilité Comme Processus. In AFFICHARD, J. FOUCAULD, J. B. *Justice Sociale et Inégalités*. Paris: Edition Esprit, 1993.

_____. *As Metamorfoses da Questão Social: uma crônica do salário*. Petrópolis: Vozes, 1998.

DAHL, Robert A. *Poliarquia: participação e oposição*. São Paulo: Editora da Universidade de São Paulo, 1997.

DUPAS, Gilberto. *Economia Global e Exclusão Social: pobreza, emprego, Estado e o futuro do capitalismo*. São Paulo: Paz e Terra, 1999.

HELD, David. Desigualdades de Poder, Problemas da Democracia. *In: MILIBAND, David. Reinventando a Esquerda*. São Paulo: Editora UNESP, 1997.

O'DONNELL, Guillermo. Teoria Democrática e Política Comparada. *Dados - Revista de Ciências Sociais*, Rio de Janeiro, v. 42, n. 4, p. 577 – 654, 1999.

SANTOS JUNIOR. *Democracia e Governo Local: dilemas da reforma municipal no Brasil*. Rio de Janeiro: Revan/FASE: 2001